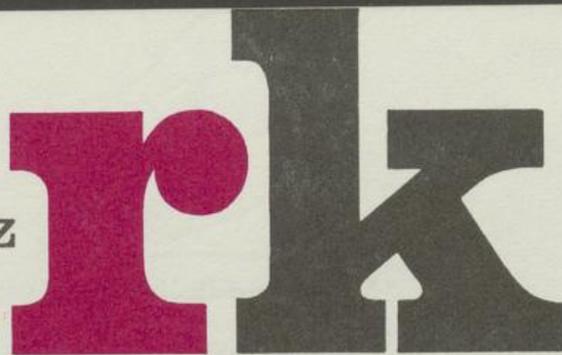


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 11. Dezember 1980

Blatt 3553

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Schieder neuer ORF-Finanzausschuß-Vorsitzender
(violett)

Kommunal:

(rosa)

Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
Ab 1. Jänner Baupolizei-Sicherheitsabteilung
Sechs Millionen für SMZ-Ost

Nur

über FS: 10.12. Gasrohrgebrechen in Meidling
11.12. Hadikgasse: Feuerwehr befreite eingeklemmten Lenker

.....
Bereits am 10. Dezember 1980 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schieder neuer Vorsitzender des ORF-Finanzausschusses

=++++

31 #Wien, 10.12. (RK-POLITIK) In der Sitzung am Mittwoch des ORF-Finanzausschusses wurde Stadtrat Peter SCHIEDER, Vertreter des Landes Wien im ORF-Kuratorium, zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Schieder löst damit den bisherigen Vorsitzenden des Finanzausschusses, Alfred STINGL, der Kuratoriumsvorsitzender geworden ist, ab.#

(Schluß) hs/sr

Ab 1. Jänner Baupolizei-Sicherheitsabteilung (1)

Utl.: Änderung der Geschäftseinteilung vorläufiger Höhepunkt einer Reihe von Verbesserungen

=++++

1 #Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Änderung der Geschäftseinteilung, mit der sich der Gemeinderat in dieser Woche befassen wird, wird der vorläufige Höhepunkt in einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung und Beschleunigung der Arbeit der Baupolizei gesetzt: Die Magistratsabteilung 36 wird ab 1. Jänner zentral für das gesamte Wiener Stadtgebiet Überprüfungen und Revisionen durchführen, während in der MA 37 einheitlich die übrigen Aufgaben der beiden bisherigen Baupolizei-Abteilungen zusammengefaßt werden. #

Bisher war die MA 36 für alle Baupolizei-Agenden in den Bezirken 1 bis 9 und 20, die MA 37 für die übrigen Stadtteile zuständig. Diese Einteilung hat sich aus organisatorischen Gründen nicht bewährt. Vor allem gab es Schwierigkeiten bei der Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen.

Künftig wird die MA 36 (Neue Bezeichnung: Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei) periodische Überprüfungen zum Beispiel von Beherbergungsbetrieben, Verkaufsstätten usw. sowie schwerpunktmäßige Kontrolle von Anlagen, die eine erhöhte Gefahr darstellen, durchführen. Zusätzlich wird sie u.a. Amtssachverständige im gewerbebehördlichen Betriebsanlageverfahren, nach dem Baulärmgesetz, in chemischen und Giftangelegenheiten usw. stellen.

Bei der MA 37 mit dem Namen "Baupolizei" werden ab dem Jahreswechsel die übrigen Agenden der Baubehörde (Beratung in Bauangelegenheiten, Erteilung von Baubewilligungen u.a.) für das gesamte Wiener Stadtgebiet zusammengefaßt. (Forts.) and/bs

Ab 1. Jänner Baupolizei-Sicherheitsabteilung (2)

Utl.: Bereits 1980 wichtige Verbesserungen durchgeführt

=++++

2 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER in diesem Zusammenhang feststellte, konnten bereits im nun zu Ende gehenden Jahr wichtige Verbesserungen durchgeführt werden. Dazu gehört vor allem die Ausarbeitung eines umfangreichen Maßnahmenpakets, das die Grundlage für die Sicherheitsüberprüfung in bestehenden und bei der Bewilligung neuer Beherbergungsbetriebe darstellt. Dabei geht es vor allem darum, die rechtzeitige Alarmierung der Hotelgäste beim Ausbruch eines Brandes und das ungehinderte Verlassen des Gebäudes sicherzustellen. Im kommenden Jahr wird eine Kommission eingerichtet werden, um die Einhaltung der Regelungen dieses Maßnahmenpakets zentral für das gesamte Stadtgebiet zu gewährleisten.

Eine weitere wichtige Maßnahme war die Installierung einer automatischen Textverarbeitungsanlage, die ihre erste Bewährungsprobe nach einer mehrmonatigen Probezeit bestanden hat und nun Tag und Nacht im Einsatz ist. Sie ermöglicht die wesentlich beschleunigte Ausfertigung von Bescheiden - in ganz besonders dringenden Fällen sogar innerhalb einer Stunde. (Schluß) and/sr

Sechs Millionen für SMZ-Ost

=++++

3 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Forcierung der gegenwärtigen Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten für das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost genehmigte Donnerstag der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales zusätzlich sechs Millionen Schilling. Damit erhöht sich die Planungsrate für das heurige Jahr auf insgesamt 26 Millionen Schilling. (Schluß) zi/gg

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

6 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Referat zur Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung betonte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß auch das Budget 1981 wie immer dem sozialen Wohnen große Bedeutung zumißt. Sowohl in der Neubauleistung wie in der Erneuerung städtischer Bauten und der Wohnungsverbesserung, in der sozialen Gesinnung und in der Wirkung für die Arbeitsplatzsicherung ist dieses Budget eindrucksvoll, sagte Hatzl. Insgesamt stehen 4,5 Milliarden S aus Mitteln der Wohnbauförderung zur Verfügung, eine Milliarde davon für die Stadt Wien, 2,4 Milliarden für andere Bauträger, 750 Millionen für Annuitäten und 300 Millionen für Wohnbeihilfen. Mit 136 Millionen für die Wohnungsverbesserung können Verbesserungen in etwa 9.000 Wohnungen durchgeführt werden. Mit insgesamt rund 2,6 Milliarden können 2.300 städtische Wohnungen neu begonnen und 6.400 weitergebaut werden. Insgesamt steigt der Aufwand der Stadt für bauliche Investitionen von 7,3 auf 8,3 Milliarden, der für Instandhaltung von 1,6 auf 1,8 Milliarden. Die städtische Wohnhäuserverwaltung verzeichnet Einnahmen von 2,1 und Ausgaben von 2,4 Milliarden. Für Instandhaltungen werden mit 573 Millionen, um 158 Millionen mehr als im Vorjahr ausgegeben. Wohnhausanlagen werden erneuert, Liftanlagen renoviert und neu installiert. Freilich sind in diesem Bereich die Einnahmen zu gering. Hier ist zu hoffen, daß in diesem Jahr das neue Mietrecht im Parlament beschlossen wird, um eine bessere Situation zu ermöglichen. Die Opposition sollte in dieser Frage ihre bisherige Haltung revidieren, bisher hat sie sich ja gegen eine echte Lösung ausgesprochen. Man kann schließlich nicht die Sicherung des Althausbestandes und die Ausbeutung der Mieter gleichzeitig betreiben. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl . Wohnendebatte

=++++

/ Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Selbstverständlich werden auch die Amtshäuser erneuert und verbessert, behindertengerecht gestaltet und durch die Instandhaltung kulturelles Erbe bewahrt. Die Bauabteilungen und die technischen Abteilungen werden auch 1981 hochqualifizierte Leistungen erbringen und technische Weiterentwicklung vorantreiben. Im Bereich der Stadterneuerung wurde im Budget für die weitere Betreuung des Gebiets Ottakring Vorsorge getroffen. Auch für andere Gebiete sind bauliche Maßnahmen vorgesehen.

Insgesamt ist durch die Fortschreibung des Wohnbauprogramms durch den Wiener Gemeinderat der Bau von 5.500 Wohnungen gesichert. Es bleibt sicher manches offen, aber weitere Lösungen zu Wohnungsfragen werden vorbereitet. Die soziale Komponente im Wohnbau bleibt auch 1981 gesichert. Wer objektiv urteilt und nicht lizitiert, wer bevölkerungsgerecht denkt und sachlich entscheidet, sollte diesem Budget der sozialen Gesinnung zustimmen, schloß Hatzl.
(Forts.) gab/sr

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Wohnen-Debatte

=++++

8 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis, sagte GR. KUCHAR (FPÖ). Die Wohnung soll deshalb kein reines Handelsobjekt und kein Gegenstand der Weltanschauung sein. Das neue Mietrecht soll aber möglichst marktkonforme Zustände herstellen, wobei klar ist, daß der Wohnungsmarkt ein besonderer Markt ist. Das derzeitige Mietrecht hat die Wohnungsprobleme nicht gelöst. Ein neues Mietrecht müßte mehr Gerechtigkeit bei der Mietzinsbildung, eine Erhöhung der Mobilität und mehr Angebot an Wohnungen bringen.

Neubauten allein lösen das Wohnungsproblem nicht. Zu den Maßnahmen, die zur Verbesserung des Althausbestandes notwendig sind, gehören unter anderen die Aufhebung der Beschränkung der Wohnungsverbesserungsdarlehen auf 100.000 S pro Wohnung, eine Änderung der Konstruktion der Mietzinsbeihilfe und eine steuerliche Begünstigung auch der Wohnungsverbesserung. Kuchar brachte einen ABÄNDERUNGSANTRAG ein, in dem eine effizientere Durchführung von Ersatzvornahmen und eine Erhöhung der entsprechenden Budgetpost verlangt wird.

Es ist nicht einzusehen, daß der kommunale Wohnhausbau ausschließlich aus Mitteln der Wohnbauförderung finanziert wird. Auch Budgetmittel sollten herangezogen werden. Eine Generalreform der Wohnbauförderung 1968 ist erforderlich. Es ist auch notwendig, beim Wohnbau selbst die Hebel anzusetzen. Die Kosten explodieren, mehr Kontrolle im Bereich des geförderten Wohnbaus ist notwendig. Deshalb wurde von der FPÖ auch ein Antrag eingebracht, der eine Kontrolle durch Zivilingenieure vorsieht. Kuchar kritisierte an Hand von Beispielen bauliche Mängel bei Neubauten. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

9 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Ein schlechtes Management im Wohnbau warf GR. UHL (ÖVP) der Wiener Stadtverwaltung vor. Gesundheitsgefährdende Bauschäden werden zunächst nicht zur Kenntnis genommen, dann bagatellisiert und schließlich in unzukömmlicher Weise behoben.

In den letzten zwei Jahren passierte ein Fehler nach dem anderen. Eine werdende Mutter, die in desolaten Wohnverhältnissen lebte, bekam keine Wohnung. Von den Zwillingen, die später geboren wurden, starb ein Kind. Erst als der Fall in die Öffentlichkeit kam, wurde der Frau eine Wohnung angeboten. Im Bohmann-Hof im 22. Bezirk treten in vielen Wohnungen Schimmelpilze auf. Die Meldungen der Mieter blieben ohne Antwort. Nach Monaten verwies der Hausinspektor die Mieter an das Bauunternehmen. Nun werden die Wohnungen kurz vor Weihnachten zu einer Baustelle umgewandelt. In städtischen Wohnhäusern kam es zu "Wanzeninvasionen". Die Meldungen der Mieter blieben wieder unbeantwortet.

In der Frage der Baugesellschaft "Aufbau", in der nun von Frau Dr. Partik-Pable Erhebungen geführt werden, unternahm die Gemeinde nichts. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

10 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Nach der Rede von GR. UHL meldete sich Stadtrat HATZL (SPö) zu einer Berichtigung zu Wort. Er erklärte, daß

o den Vorwürfen um die Baugesellschaft "Aufbau" sofort nachgegangen wurde. Die Firma wurde gebeten, bekannt zu geben, wer Schmiergelder genommen hat, es wurden interne Untersuchungen eingeleitet und es wurde eine Auftragsperre verhängt. Die Sperre wurde nach einem Bericht im zuständigen Ausschuß, den auch die ÖVP zur Kenntnis nahm, aufgehoben. Frau Dr. Partik-Pable wurde um nähere Angaben gebeten. Bisher ist keine Antwort eingetroffen.

o der Mutter mit zwei Kindern wurde eine Wohnung zugewiesen. Die Frau hat abgelehnt und erst eine zweite Wohnung angenommen. Der Tod des Kindes steht laut ärztlichem Gutachten in keinem Zusammenhang mit den Wohnverhältnissen. Es ist eine Geschmacklosigkeit, solche tragischen, persönlichen Angelegenheiten in die politische Debatte zu bringen.

(Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

11 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) forderte zusätzliche Gelder für den Wohnbau. In einem BESCHLUSSANTRAG verlangte er, im Rahmen der Stadt Wien die Möglichkeit zu schaffen, Gemeindewohnungen und Wohnungen gemeinnütziger Wohnbauvereinigungen in das Eigentum der Mieter zu übertragen. Baurechtsgründe mit Mehrfamilienhäusern gemeinnütziger Bauvereinigungen sollten auf Wunsch in das Eigentum übertragen werden. Das gilt auch für Kleingärten der Stadt Wien. Dafür soll eine Aktion "Eigentum an Wohnungen" gestartet und entsprechend publiziert werden. Die Mehreinnahmen aus dieser Aktion sollen zweckgebunden für die Stadterneuerung verwendet werden. Ebert urgierte weiter einen Bericht über die Mitsprache der Bewohner, die versuchsweise in zwei Wohnhausanlagen eingeführt worden war. Er befürwortete eine stärkere Mischung von Wohngebieten und Betrieben. Die Einrichtung der Start-Wohnungen sei ein Flickwerk. Es müßten bessere Methoden gefunden werden, um jungen Menschen eine Wohnung zu bieten, in der sie bleiben können. Ebert kritisierte die Streichung der Übernahme der Mehrwertsteuer bei neuen Eigentumswohnungen, wodurch sich die durchschnittlichen Kosten um 150.000 S erhöhen und bezeichnete die Nahversorgung am Beispiel der Nordrandsiedlung und der Thurnlhofsiedlung als vielfach unzureichend. Abschließend gab er einen Überblick über die Vorstellung der ÖVP zum Ablauf der Stadterneuerung in Wien. (Forts.) and/sr

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

12 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Mit den Mitteln der Wohnbauförderung werden im kommenden Jahr rund 7.000 neue Wohnungen, davon 2.300 von der Stadt Wien selbst, errichtet, berichtet GR. LUSTIG (SPÖ). Für 9.000 Wohnungen wird es Wohnungsverbesserungskredite geben. Das bedeutet, daß 1981 wieder 20.000 neue beziehungsweise zeitgemäße Wohnungen der Wiener Bevölkerung zur Verfügung stehen. Das Wohnungsproblem sei kein typisches Problem, sondern ein Problem aller großen Städte. In Wien sei es außerdem ein qualitatives Problem. Hier gibt es rund 220.000 Substandardwohnungen. Die Stadt Wien trägt jedoch wesentlich zur Lösung des Wohnungsproblems bei. In 40 Jahren wurden 200.000 neue Wohnungen gebaut. Das ist eine Leistung, die andere Städte erst nachmachen müssen, sagte GR Lustig. Die Zahl der rund 20.000 Wohnungssuchenden hätte schon längst gesenkt werden können, wenn die Stadt Wien die Vormerkbestimmungen nicht immer wieder gelockert hätte, sodaß es für einen immer größeren Personenkreis möglich wird, eine Gemeindewohnung zu erhalten. In den letzten zehn Jahren wurden 72.000 Wohnungen zugewiesen. Für die Erhaltung der Gebäude wird die Stadt Wien 1981 410 Millionen ausgeben. Für den Gebrechensdienst werden 211 Millionen zur Verfügung stehen, für den nachträglichen Aufzugseinbau 90 Millionen. Stadterneuerung sei kein Lippenbekenntnis, sondern einer der Schwerpunkte der sozialistischen Wohnungspolitik. Im Stadterneuerungsgebiet Ottakring ist in den letzten zwei Jahren sehr viel geschehen: Neue Wohnungen entstanden, Grünflächen und Parks wurden angelegt, die Verkehrssituation verbessert, eine Wohnstraße eingerichtet und die Infrastruktur verbessert. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

13 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In sechs weiteren Gebieten werden Untersuchungen zur Stadterneuerung vorgenommen. Die Stadt Wien hat 1.980 städtische Wohnhäuser für rund 50.000 Wienerinnen und Wiener instandgesetzt. Die Renovierungsarbeiten bringen auch der Bauwirtschaft einen starken Impuls. Eines der größten Stadterneuerungsgebiete Wiens wird das Gelände des alten AKH mit rund 100.000 Quadratmeter Grundfläche sein.

Die Sicherung des erhaltungswürdigen Hausbestandes werde auch im neuen Mietengesetz verankert. Der Wohnungstausch soll erleichtert und der Geschäftemacherei mit der Wohnungsnot ein Riegel vorgeschoben werden. Die öVP und die FPö sprechen zwar davon, daß man ein neues Mietengesetz braucht, verzögern aber sein Zustandekommen. Die SPö wird ihr Versprechen auf ein soziales und gerechtes Mietengesetz verwirklichen.

Über die Aktionen der Mietermitsprache sei im Gemeinderatsausschuß berichtet worden. Die öVP müßte daher wissen, daß den Mietern mehr Selbstverwaltung, aber auch mehr Eigenverantwortlichkeit eingeräumt werden soll. Mietermitsprache gibt es bereits bei der Ausführung von neuen Wohnungen, bei der Gestaltung von Grünflächen und Spielplätzen. Eine Mitentscheidung bei der Hausordnung, bei der Verwendung von Gemeinschaftsräumen und bei Instandsetzungsarbeiten steht noch in Überlegung. (Forts.)

ba/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

14 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) sagte, trotz allen Beteuerungen der Sozialisten, daß es in Wien kein Wohnungsproblem gibt, sei es für immer mehr Menschen unmöglich, adäquate erschwingliche Wohnungen zu bekommen. Dies zeigen auch die 20.000 Vormerkungen für Gemeindewohnungen. Trotzdem seien keine Maßnahmen zu sehen, die diesem Mißstand abhelfen könnten. Daß heute weite Gebiete Wiens einer dringlichen Sanierung bedürfen, ist auf die kurzsichtige, ideologische, eigentumsfeindliche Politik der Sozialisten zurückzuführen. Auf eben diese Politik ist auch die Krise des freien Wohnungsmarktes für Neubauten zurückzuführen. Dieser ist wegen der fehlenden Förderungsmittel zur Stagnation gekommen, weshalb die Preise überhöht sind. Wäre der Markt ausgeglichen, könnte eine genügende Zahl billigerer Wohnungen zur Verfügung gestellt werden und es würden weniger Menschen Sozialwohnungen brauchen. Statt nun die eigene Ideologie zu überprüfen, gehe man daran, mit einem eigentumsfeindlichen Mietengesetz weiter gegen die Privatinitiative zu arbeiten. Im Bereich der Stadterneuerung öffnet sich die Schere zwischen Verfall und Erneuerung weiter, sagte Petrik. Eine besondere Schwierigkeit ist hier, daß die betroffenen Gebiete meistens von finanziell schwachen Menschen bewohnt werden, weshalb von diesen Bewohnern kein nennenswerter Beitrag zur Sanierung zu erwarten ist. Es muß ein besseres Instrumentarium geschaffen werden, um in den Sanierungsgebieten sowohl die Wohnungen wie auch die Infrastruktur zu verbessern. Dabei sollte durch die Stadt auch die Privatinitiative unterstützt werden, ohne die es nicht geht. Da die Kosten zur Sanierung immer höher steigen, muß bald gehandelt werden. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

15 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Zusätzliche Förderungsmaßnahmen sind nötig, sagte PETRIK. Gerade bei der Renovierung von Wohnungen nach § 7 kommt es oft zu extremen Mietenerhöhungen bis zum 30- bis 40fachen des Friedenskronenzinses. Während die Gemeinde Wien in städtischen Althäusern Erhöhungen, die das zehnfache des ursprünglichen Zinses übersteigen übernimmt, gibt es für private Althäuser keine entsprechende Regelung. Da dies eine Schlechterstellung der Privatmieter bedeute, stellte Petritsch den Antrag, bei Mietenerhöhung im Zug von Renovierungen gemäß § 7 Mietengesetz für Mieter in Privathäusern dieselbe Regelung bezüglich der Mietenerhöhung einzuführen, wie sie für Gemeindemieter gilt. Abschließend sagte Petrik, ein besseres Förderungssystem im Bereich der Stadterneuerung komme auf lange Sicht sicher billiger als die ausschließliche Förderung von Neubauten. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

16 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der überwiegende Teil der Akten, die im Wohnenausschuß behandelt werden, werde einstimmig beschlossen, sagte GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ). Die Kontrolle der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen funktioniert sehr gut, die Einschaltung einer weiteren Prüfinstanz erscheint nicht notwendig. Zu dem Bauvorhaben der GESIBA in der Hadikgasse meinte Hofstetter, daß es - so weit dies derzeit festgestellt werden kann - kostenmäßig geglückt ist. Allerdings gibt es berechtigte Beschwerden über Mängel in der Bauausführung, die behoben werden sollen, ohne daß dabei die Mieter zum Handkuß kommen.

Für den Wohnbau stehen im kommenden Jahr 4,4 Milliarden zur Verfügung. Rund eine Milliarde muß allerdings für Annuitätenzuschüsse und für die Subjektförderung aufgewendet werden, so daß nur 3,4 Milliarden bauwirksam werden können. Damit ist es möglich, das bisherige Wohnbauvolumen weiter aufrechtzuerhalten. In den letzten Jahren wurden jährlich rund 7.600 Wohneinheiten errichtet. Diese Größenordnung wird auch im kommenden Jahr erreicht werden können. Mit dieser Leistung ist eine ausreichende Bedarfsdeckung und eine entsprechende Auslastung der Wirtschaft möglich. Die durchschnittliche Wohnungsgröße ist in den letzten zehn Jahren gestiegen, der Wohnungsbelag ist gesunken. Die Zielsetzung der Förderung ist in erster Linie die Schaffung von Wohnraum und die Sicherung der Vollbeschäftigung. Die Rechtsform der Wohnungen (Miet-, Genossenschafts- oder Eigentumswohnungen) ist von sekundärer Bedeutung. Hofstetter wandte sich gegen den Vorwurf der Eigentumsfeindlichkeit. Freiheit ist mehr als Eigentum, bedeutet Mitbestimmung auf allen Ebenen. Die Mehrbelastungen bei Eigentumswohnungen aufgrund der neuen Bestimmungen, die eine gleiche Behandlung von Miet- und Eigentumswohnungen bringen, halten sich in verkraftbaren Grenzen. (Forts.) ger/fe

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

18 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP wird dem Wohnbauprogramm 1981 bis 1983 außer der Verbauung der Steinhofgründe zustimmen, erklärte GR. Dr. MAYR (ÖVP). Für die Verbauung eines Grundstückes in der Breitenfurter Straße in Liesing stellte Mayr den ANTRAG, einen Ideenwettbewerb auszuschreiben. Das Grundstück liegt im Bereich der Hochquellenleitung und der in Hochlage fahrenden Straßenbahnlinie 60, und man müßte in der Höhe und in der Struktur der Verbauung auf das umliegenden Gebiet Rücksicht nehmen.

Für die Verbauung der Wienerberggründe sollte man sich das preisgekrönte Projekt halten. Es war positiv, daß diesmal ein junger, fähiger Architekt zum Zuge kam. Man sollte nun das Projekt in Abschnitte zerlegen und die Detailplanung jüngeren Architekten übergeben.

Bei der Absiedlung von Betrieben aus Wohnhäusern, die abgerissen werden müssen, kommt es öfter zu einem unwürdigen Feilschen. Kleine Geschäftsleute laufen dabei Gefahr, aus Unkenntnis schwere Schäden zu erleiden. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

19 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Dafür Gemeindewohnungen jenen Menschen zur Verfügung zu stellen, die über geringeres Einkommen verfügen, trat GR. MICHALICA (SPÖ) ein. Unter Hinweis auf die Ausführungen von Dr. Mayr befürwortete er es die Bezirksvertretungen über die künftige Nutzung von Flächen mitbestimmen zu lassen. An GR. Ebert gewandt, wies er darauf hin, daß eine Wohnbaugenossenschaft ein Grundstück in der Eichenstraße dermaßen ausnützte, daß die Stadtverwaltung auf öffentlichen Grund Erholungsmöglichkeiten für die Bevölkerung schaffen mußte.

Das Wohnbauprogramm für die Jahre 1981 bis 1983 sieht den Bau von 5.500 Wohnungen auf 48 Baustellen vor, führte Michalica weiter aus. Da jedoch hierfür vorwiegend kleinere Flächen herangezogen werden, steigen die spezifischen Kosten. Gemeinsam mit den von der Stadt Wien geförderten und von gemeinnützigen Gesellschaften errichteten Wohnungen - 4.500 pro Jahr - wird das Ziel an Neubauwohnungen sicher erreicht, vielleicht sogar das Problem der 220.000 Substandardwohnungen und der 20.000 vorgemerkten Wohnungssuchenden, das vordringlich gelöst werden muß und unterstrich die erfolgreiche Tätigkeit der SPÖ, unter deren Führung in Wien mehr als 200.000 neue Wohnungen gebaut wurden.

Als wichtige Ziele bezeichnete Michalica unter anderen den Abbau der Substandardwohnungen (wofür jedoch auch die Hausbesitzer gewonnen werden müssen), das Siedlungsprogramm, den verstärkten Bau von familiengerechten Wohnungen, die Stadterneuerung, ein gemeinsames Vorgehen gegen Bodenspekulationen und Wucher sowie den Wettbewerb der Architekten für zeitgemäße Wohnhausanlagen. (Forts.)
and/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

20 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Neues in der Wohnbaupolitik kündigte abschließend Stadtrat HATZL (SPÖ) für das kommende Jahr an: Eine Erhebung über die Wohnzufriedenheit von neuen Mietern, eine Diskussion mit verschiedenen Fachleuten über Bauschäden, die Möglichkeit des Privatwohnungstausches über das Wohnungsberatungszentrum, ein Durchführungskonzept für die Renovierung städtischer Althäuser und die Inbetriebnahme von drei neuen Stellen des Wohnungsberatungszentrums.

Das Wohnungsproblem wird von der ÖVP und der FPÖ immer auf die Frage eines Wohnungsmarktes reduziert. Für die SPÖ werden Wohnungen nach den Bedürfnissen der Menschen errichtet und nicht nach den Grundsätzen des freien Marktes. Die Förderung der Mobilität und des Wohnungstausches seien in der neuen Mietrechtsnovelle verankert, die von der Opposition keine Zustimmung findet. Die Stadt Wien sei stets bemüht, Baumängel schnellstens zu beheben, doch müssen auch die Mieter bereit sein, Termine einzuhalten. In der Leopoldauer Straße habe es keine Ansiedlung von Gastarbeitern gegeben. In der Großfeldsiedlung wurden die Mieter über die Gründe der Zinserhöhung informiert. Danach fand eine von den Kommunisten gelenkte Aktion statt. Der Bau in der Hadikgasse gehöre der GESIBA und nicht in seinen Geschäftsbereich, sagte Hatzl.

Über Veränderungen im Rahmen der Wohnbauförderung könne man diskutieren. Seiner Meinung nach, soll die Subjektförderung gegenüber der Objektförderung den Vorrang erhalten, weil sie die gerechtere Form für sozial schwächer Bestellte darstellt. (Forts.)
ba/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

21 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Eine echte Verbesserung würde die "Verlängerung" der Wohnbauförderung mit sich bringen, bei der Wien die Mittel selbst einhebt. Durch den Entfall der Förderung der Mehrwertsteuer bei Eigentumswohnungen wurde eine Gleichstellung von Miet- und Eigentumswohnungen vorgenommen.

Ein Bericht über die Mietermitsprache in der Feßtgasse werde erfolgen, sobald die Aktion abgeschlossen ist. Die Stadt Wien sei bemüht, bei den neuen Wohnhausanlagen Betriebe und Nahversorgungszentren miteinzuplanen. Gemeinschaftsräume und gedeckte Kinderspielplätze sollen die Kommunikation zwischen den Hausparteien fördern. Ein eigentumsfeindliches Mietrecht sei ein um so besseres Mietrecht für die Mieter. Das neue Mietengesetz beinhaltet eine billigere Form des Paragraph 7, Obergrenzen für Mietzinse und die Erhaltungspflicht von Häusern. Dem ÖVP-Antrag, über die Gleichstellung von Privatmietern und Mietern von Gemeindewohnungen bei Renovierungen, werde die SPÖ gerne zustimmen, wenn der Hausherr verpflichtet wird, die Mehrkosten zu bezahlen. Auch die Kritik, daß nicht alle Absiedler die gleiche Wohnung bekommen, nehme er gerne entgegen, denn die Stadt Wien sei stets bemüht, Menschen aus Substandardwohnungen in besseren Wohnungen unterzubringen.

Auf den Steinhof-Gründen, die die Widmung Bauland besitzen, werden nur 16 Prozent der Fläche verbaut. Durch den Gemeindebau wird die Möglichkeit geschaffen, daß auch sozial Schwächere in einer schönen Wohnumgebung leben können. (Forts.) ba/sr

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Wohnendebatte

=++++

22 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) 1980 werden statt wie ursprünglich vorausgesagt 7.200 Wohnungen mehr als 7.500 Wohnungen errichtet werden. Ein Großteil der Bauvorhaben liegt in Stadterneuerungsgebieten. Die ÖVP kritisierte, daß 40 Bauvorhaben im Wohnbauprogramm nur mit je 10.000 Schilling veranschlagt sind. 36 Bauten sind davon allerdings bereits fertiggestellt, die 10.000 Schilling erscheinen als Abrechnungspost auf, stellte Hatzl richtig.

Auf den Sektor des Wohnbereiches wird alles das erfüllt und verwirklicht, was im Programm der Wiener Bevölkerung versprochen wurde. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

23 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ) wies in seinem Referat auf die Wichtigkeit stadtplanerischer Entscheidungen hin. So wird der in Ausarbeitung befindliche Stadtentwicklungsplan sowohl der Bevölkerung als auch Investoren wichtige Hinweise für die Zukunft bringen und auch als magistratsinterne Richtlinie für zukünftige Entscheidungen dienen. In der in diesem Jahr beschlossenen Verkehrskonzeption wurde der Vorrang des öffentlichen Verkehrs fixiert. Die Planungen für die U 3 und die U 6 befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium, wobei jeweils auf die Struktur der durch die Planung betroffenen Gebiete eingegangen wird. Im Zuge der Bauarbeiten an der Vorortelinie wird neben verkehrsplanerischen auch denkmalpflegerischen Aspekten besondere Beachtung geschenkt.

Die Volkszählung im Jahr 1981 umfaßt auch eine Wohnstätten- und Arbeitsstättenzählung. Besonders wichtig wird es hier sein, die Wiener Besitzer von Zweitwohnungen als Bewohner Wiens zu erfassen, um einen finanziellen Aderlaß Wiens zu vermeiden.

Gute Erfahrungen wurden mit städtebaulichen Wettbewerben, wie zum Beispiel zu den Projekten Reichsbrücke und Wienerberggründe gemacht. Diese Wettbewerbe bieten Chancen für junge Architekten und Information für die interessierte Öffentlichkeit. Im nächsten Jahr wird es Wettbewerbe zur Bebauung der Gräf und Stift-Gründe, wo eine Wohnbebauung entstehen soll, für den Raum Kagran, dem immer größere städtebauliche Bedeutung zukommt und für den Bereich des alten AKH geben. Dieses Gelände bietet eine einmalige Erneuerungschance im innerstädtischen Gebiet unter Wahrung vorhandener Grünflächen.

(Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

24 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Neue Planungsaufgabe bieten sich in der Erstellung von Bezirksentwicklungsplänen. In Zusammenhang mit den Bau der U 3 wird ein erster derartiger Plan für den dritten Bezirk erstellt, der Probleme und Möglichkeiten des Bezirks erfaßt und Planungsziele und Maßnahmen festlegen soll. Darüber hinaus werden Vorarbeiten für Konzepte für den ersten, vierten, fünften, zehnten, zwölften und 23. Bezirk erstellt werden.

Ein Bezirksverkehrskonzept wurde bereits für den zehnten Bezirk ausgearbeitet. Auch für den 22. Bezirk wurden die Voraussetzungen für ein solches Konzept geschaffen, für Teile des fünften und zwölften Bezirks, sowie für den dritten, den sechsten und siebenten Bezirk - hier im Zuge der U 3-Planung - sind Vorarbeiten im Gang.

Bei der Ausarbeitung von Stadtteilplanungen wird besonders auf die Mitarbeit der Bevölkerung Rücksicht genommen. Erste - positive - Erfahrungen wurden mit der Stadtteilplanung Heuberg gewonnen. 1981 werden die entsprechenden Planungen für die Gebiete Oberlaa, Unterlaa, Leopoldau und Inzersdorf - alles dörfliche Ensembles am Stadtrand -, sowie für die dichtbebauten Gebiete Wilhelmsdorf und den südlichen Teil von Währing abgeschlossen werden. Ebenso für das Nordbahnhofgelände und das Teilgebiet Wienerberg, das eine städtebaulich wesentliche Komponente im Süden Wiens darstellt.

Abschließend ging Wurzer auf die Arbeit der Baubehörde ein. Durch eine Umstrukturierung - die MA 36 wird künftig gewerbe- und feuerpolizeiliche Agenden wahrnehmen, die MA 37 baupolizeiliche - soll hier die Arbeit rationalisiert werden. Mit einer Sicherheitsüberprüfung der Beherbergungsbetriebe wird 1981 ein wichtiger Schwerpunkt gesetzt. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

25 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Städtebauliche Wettbewerbe werden von der FPÖ begrüßt, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), weil sie nützlich für die weitere Entwicklung der Stadt sind. Einige Bezirke Wiens weisen eine extreme Unterversorgung an Grünflächen auf. Es muß daher alles getan werden, um mehr Grün im unmittelbaren Nahbereich der Bevölkerung zu schaffen. Pawkowicz erklärte in diesem Zusammenhang, daß der Bau eines Versicherungspalastes auf den Blindenheimgründen im 8. Bezirk unterbunden werden sollte. Er äußerte die Bitte, daß die Verhandlungspartner ihre Gespräche weiterführen. Auch in Wilhelmsdorf in Meidling, im Gebiet zwischen Niederhofstraße, Mandlgasse, Arndtstraße und Grieshofgasse, wünscht die Bevölkerung einen Park. Pawkowicz brachte einen ANTRAG ein, dieses Gebiet auf Park umzuwidmen.

Für die Neugestaltung des Gersthofer Platzl wurde nur eine Variante entscheidungsfähig ausgearbeitet, über welche die Bezirksvertretung - überdies zu spät - abstimmen konnte.

Pawkowicz brachte seine grundsätzliche Anerkennung für die Arbeit der Stadtplanung zum Ausdruck. Würde über das Budget nach Geschäftsgruppen getrennt abgestimmt werden, so würde er diesem Kapitel seine Zustimmung geben. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

26 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Stadterneuerungsgebiete werden durch neue kleine Parks attraktiver, erklärte GR. Dr. MAYR (ÖVP). Das Fehlen von Grünflächen führt oft zu einer Abwanderung an den Stadtrand oder in das Umland von Wien. Dr. Mayr stellte den ANTRAG, für einen Beseerparksfonds jährlich 50 Millionen S zur Verfügung zu stellen. Damit könnten zehn neue Beseerparks pro Jahr geschaffen werden.

Ein weiterer ANTRAG befaßte sich mit den Aufträgen, die an Fachleute wie Architekten und Ziviltechniker vergeben werden. Alle Vergaben in diesem Bereich sollten ausgeschrieben werden. Die Entscheidung über die Vergabe sollte in Unterausschüssen der zuständigen Gemeinderatsausschüsse erfolgen. Die Aufträge an eine Person oder an ein Büro sollten mit einer maximalen Auftragssumme pro Jahr begrenzt werden. Bei Überschreitung einer bestimmten Auftragssumme in bestimmten Fachgebieten, wie z.B. Architektur, sollte ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden.

Bei der Optimierung der baupolizeilichen Vorgänge sollte mit großer Vorsicht vorgegangen werden. Erst wenn sich das System der "Bauberater" in den Bezirken eingespielt hat, sollten die derzeit vorhandenen Außenstellen aufgelöst werden. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

27 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) wies einleitend darauf hin, daß die Schaffung von "Beserlparks" schon seit vielen Jahren intensiv betrieben wird. Das gilt vorrangig auch für die Stadterneuerungsgebiete: Im 6., 15. und 16. Bezirk wurden Grünflächen eingeplant und zum Teil auch schon realisiert, im 12. Bezirk wird derzeit noch abgewogen, wo die Grünanlage entstehen soll. Oblasser deponierte, daß die Mittel für den Bau der U 3 sichergestellt sein werden.

Anschließend berichtete er über den Stadtentwicklungsplan für Wien, der im Entwurf fertiggestellt ist und auf breiter Basis mit der Bevölkerung diskutiert werden soll. An einigen Beispielen machte er deutlich, daß sich dieses Konzept mit allen Bereichen des städtischen Lebens auseinandersetzt. Eines der wichtigsten Kapitel betrifft die Siedlungsstruktur, in dem u.a. auf die Bedeutung der polyzentrischen Stadtentwicklung als besonders wesentlich hingewiesen wird. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Stadtentwicklungsplan die Zustimmung aller Fraktionen finden werde.

Mit der Verlängerung der U 1 nach Kagran wird es dort zu einer grundlegenden Veränderung der Verhältnisse im 22. Bezirk kommen. Oblasser betonte, daß hier besonders auf eine integrierte Planung geachtet werden muß. Er führte einige Beispiele aktueller Oberflächenplanung an, darunter die erste Wiener Wohnstraße in der Wichtgelgasse, und stellte fest, daß für Wohnstraßen und Fußgängerzonen im Budget 1981 2,775.000 Schilling vorgesehen sind.
(Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

28 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die kürzlich stattgefundene Enquete "Bauen in historischen Stadtteilen" nahm GR. Dr. KRASSER (ÖVP) Bezug. Mit der Novellierung der Bauordnung sei im Paragraph 85 Abs. 5 die Verpflichtung geschaffen worden, bei Neubauten in Schutzzonen auf die wertvolle Bausubstanz in der unmittelbaren Nachbarschaft zu achten. Ein stilgerechter Bau sei etwa am Schwarzenbergplatz zu verlangen, wo als Sonderfall eine Ferstel-Fassade wiederhergestellt werden soll. Die zweite in dieser Gesetzesstelle vorgesehene Möglichkeit betrifft eine ANGLEICHUNG an die Nachbargebäude nach verschiedenen Kriterien. "Es heißt nicht, gleich machen, sondern angleichen", deponierte Krasser. Das Gesetz verlange kein Kopieren, keinen Zwang zum Historismus, kein Verbot moderner qualitätsvoller Architektur. Es soll vielmehr eine Verbindung zu den umliegenden Gebäuden hergestellt werden. Das bedeutet die Übernahme verschiedener Elemente, auch andeutungsweise. Dazu bedarf es, so Krasser, eines Baukünstlers mit schöpferischer Phantasie. "Wozu der viele Lärm, es kommen doch nur ein paar Schutzzonen in Betracht, und dort nur Baulücken, nur ein paar in der Inneren Stadt sind besonders aktuell", sagte Krasser, und nur eine Handvoll Architekten komme für diese Projekte in Frage. Wenn Wurzer meine, daß sich die Gegenwartsarchitektur in der Formensprache unserer Zeit artikulieren und eine ehrliche Selbstdarstellung sein soll, dann dürften nicht gefühllose Bauten entstehen, die neuen Gebäude müßten sich dem Charakter der alten, gefühlvollen angleichen. "Hände weg vom Paragraph 85, Absatz 5", warnte Krasser und hielt fest, daß sich seine Fraktion gegen eine Verwässerung des Altstadtschutzes wenden werde. Er kam in seinem Beitrag auch auf die Projekte für den Ballhausplatz und die Gartenbaugründe zu sprechen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

29 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. BRÖSCH (SPÖ) vertrat die Ansicht, daß die Freiheit der Architekten nicht eingeengt werden soll. Gute oder schlechte Architekten werden nicht durch Paragraphen der Wiener Bauordnung geschaffen. Wenn der Bezirksvorsteher des 1. Bezirkes gegen die Auflockerung des Ensembleschutzes Sturm läuft, so will er weiterhin Beamten die Verantwortung auferlegen, zu bestimmen, was schön oder nicht schön ist. Der Reiz einer Stadt wird durch ihre Vielfalt und nicht durch einen einheitlichen Baustil geprägt. Man muß für die Gegenwart bauen. Ein guter Architekt wird sich voraussichtlich ohnehin der Umgebung anpassen. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

30 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. GLÜCK (ÖVP) hob die Bedeutung der Beseirparks im dichtbebauten Stadtgebiet hervor. Wien sei zwar international gesehen mit Grünflächen gut versorgt, in einigen Bezirken herrscht aber gravierender Mangel an Grün. Die Folgen davon sind Zweitwohnungen und Abwanderung. Die Beseirparks haben eine eminente Bedeutung für das Stadtklima. Sie sind Stätten mitmenschlicher Begegnungen. Die ÖVP hat daher einen Beseirparkfonds beantragt, mit dessen Hilfe gemeindeeigene Grundstücke in Parks umgewidmet werden sollen. Die Grünflächen-Forderungen der ÖVP an die Stadt Wien: Das Areal der Stiftskaserne soll angekauft werden, das Kriegsarchiv soll abgesiedelt werden, Parks sollen zwischen Tigergasse und Lerchengasse, auf der Heiligenstädter Straße - Radelmayergasse und auf dem TGM-Areal des 9. Bezirkes gestaltet werden. Auch die Öffnung des Rasumofskyparks ist eine ÖVP-Forderung. Auf dem Areal des Pfann'schen Bades im Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf soll statt eines Pensionistenheimes ein Park angelegt werden. Durch die Einbeziehung von Verkehrsflächen sollen Parks vergrößert werden. GR. Glück kritisierte, daß neue Flächenwidmungen für Grünraum nur dort in Kraft treten, wo kaum eine Unterversorgung herrscht. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

31 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEKULA (SPÖ) nahm, wie er betonte, als Meidlinger, zur aufgeworfenen Forderung der Einrichtung einer öffentlichen Grünfläche auf dem Areal des Pfann'schen Bades Stellung. Für diese Fläche wird auch die Errichtung eines Pensionistenheimes gefordert. Nekula betonte, daß in diesem Stadterneuerungsgebiet derzeit eingehende Untersuchungen stadtplanerischer Art stattfinden. Vom Ergebnis dieser Untersuchung soll die weitere Gestaltung dieses Gebiets abhängen. Überdies befindet sich ohnedies 200 Meter von der verlangten Grünfläche entfernt ein Park. Während die ÖVP sich jetzt als grüne Partei zu profilieren versucht, hat der Verein der Freunde des Wohnungseigentums vor Jahren in Meidling 17 Bäume fällen lassen um eine Wohnhausanlage zu errichten, sagte Nekula. In der Frage Pensionistenheim oder Grünfläche soll man das Ergebnis der Untersuchungen abwarten und dann im Gespräch mit der Bevölkerung zu einer alle befriedigenden Lösung kommen.

GR. Dr. Mayr (ÖVP) entgegnete, die von Nekula angeführten Bäume seien nur gefällt worden, weil damals die für dieses Areal im Ausschuß einstimmig beschlossene Bebauung mit einem Wohnhochhaus auf dem Weg zum Gemeinderat geändert und auf dem Dokument stattdessen der Beschluß für eine Randverbauung eingesetzt wurde, der schließlich die Bäume zum Opfer fielen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Planungsdebatte

-++++

32 Wien, 11.12. (RK KOMMUNAL) Die Bedeutung des Stadtentwicklungsplanes für unsere Stadt hob GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) hervor. Ein Vergleich mit der 1905 beschlossenen Schaffung des Wald und Wiesengürtels ist durchaus angebracht. Diese Idee wird durch Weiterentwicklung und Anpassung lebendig gehalten. Bis 1955 war eine flächenmäßige Abnahme des Wald und Wiesengürtels zu verzeichnen, seither gibt es eine Aufwärtsentwicklung. 1955 betrug die Fläche 4.726 Hektar, 1980 6.683 Hektar, um ca. 40 Prozent mehr. Diese erfolgreiche Tätigkeit wollen wir auch in Zukunft fortsetzen, sagte Svoboda. Er betonte in diesem Zusammenhang auch die persönliche Verantwortung jedes einzelnen Bürgers für den Wald und Wiesengürtel. Egoistischen Einzelinteressen muß entgegengetreten werden. Neben dem Wald und Wiesengürtel wurden auch weitere Schutzgebiete (Natur-, Landschafts-, Parkschutzgebiete) geschaffen. Er hoffte, sagte Svoboda, daß auch die angrenzenden niederösterreichischen Gemeinden diese Aufgabe wahrnehmen. Es bestehe nämlich die Gefahr einer weiteren Verhuttenung des Wienerwaldes.

Ziel all dieser Maßnahmen ist es, das Grundbedürfnis nach einer humanen Umwelt für alle Menschen zu erfüllen, nicht nur für bestimmte soziale Schichten.

Durch die Erweiterung der Kompetenzen der Bezirke wurden diese stärker als bisher in die Planung eingebunden. Eine breitere Basis beim Meinungsbildungsprozeß wurde geschaffen. Bei Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes kann heute jeder Bürger Stellung nehmen, was früher nur dem Grundeigentümer möglich war. Auch durch Ausstellungen, Postwurfsendungen und Beratungen wird versucht, die notwendigen Informationen zu geben und die Transparenz zu erhöhen (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

33 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Aufgabe der Baupolizei ist es, die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen zu überwachen, sagte Svoboda. Ihr Arbeitsumfang ist in den letzten Jahren wesentlich größer geworden. Deshalb erfolgt eine organisatorische Veränderung und eine Aufstockung des Personalstandes. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Dienstleistungen der Baupolizei zu verbessern und dem verstärkten Sicherheitsbedürfnis Rechnung zu tragen.

Stadtrat NEKULA (SPö) nahm in einer nochmaligen Wortmeldung zur Bebauung des Grundstückes der ehemaligen "Reiterkaserne" Stellung. Die "Freunde des Wohnungseigentums" hatten angeboten, unter Schonung des Baumbestandes zu bauen. Deshalb hatte die Bezirksvertretung keinen Einwand erhoben. Dann wurden jedoch Pläne eingereicht, die eine Fällung der Bäume vorsahen. Dagegen erhob der Magistrat Einspruch, der Verwaltungsgerichtshof gab jedoch den "Freunden des Wohnungseigentums" Recht, so daß die Bäume gefällt wurden. Er, Nekula, habe weder als Bezirksparteiobmann, noch als Stadtrat auf irgendeine Planänderung Einfluß genommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Planungsdebatte

=++++

34 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Abschließend erklärte Stadtrat Univ.-Prof.Dr. WURZER (SPÖ), daß man die Schaffung von Besslerparks nicht dem Zufall überlassen sollte. Im nächsten Jahr wird ein Landschaftsrahemplan vorgelegt, der objektive Kriterien für die gesamte Grünflächenplanung enthalten wird.

Zur Frage des Gersthofer Platzels erklärte Stadtrat Wurzer, daß von keiner Seite gedacht ist, den Türkenschanzpark "anzuknabbern".

Einer stärkeren Streuung der Aufträge an die Ziviltechniker ist sicherlich zuzustimmen. Allerdings kann man die Vergabe nicht nur unter diesem Gesichtspunkt sehen. Vorrangig ist natürlich die Qualität der Leistung.

Die Umorganisation der Baupolizei wird behutsam betrieben. Man wird zunächst mit einem Modellfall beginnen. Zum Altstadtschutz erklärte Stadtrat Wurzer, daß man die Ergebnisse der Enquete über den § 85, Abs. 5 der Bauordnung veröffentlichen wird. Der Leiter des Bundesdenkmalamtes soll einen Vorschlag über eine Modifizierung dieses Paragraphen vorlegen. Bereits getroffene Regelungen in Salzburg, Graz und Innsbruck haben sich als durchaus nützlich erwiesen. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

35 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In seiner Geschäftsgruppe sind städtische Dienststellen zusammengefaßt, deren Tätigkeit weniger spektakulär, aber für das urbane Zusammenleben von ausschlaggebender Bedeutung ist, sagte Stadtrat VELETA (SPÖ) einleitend. In seinem Aufgabenbereich sind 2.659 Mitarbeiter beschäftigt. Der Ausgabenrahmen beträgt 2,5 Milliarden. Die seit 70 Jahren in Betrieb befindliche 2. Hochquellenleitung bringt täglich 230.000 Kubikmeter bestes Trinkwasser vom Hochschwab nach Wien. Die 3. Wiener Wasserleitung (Kapazität 64.000 Kubikmeter) wird 1981 in Probetrieb gehen.

Das "Jahrhundertbauwerk", kostete 850 Millionen und sichert die Wasserversorgung für die Gegenwart und die nächste Generation. Der letzte Bauabschnitt der Ringleitung Ost wird 1981 planmäßig fortgeführt. Auf dem Bisamberg ist ein Wasserbehälter geplant. Zur Sicherung und Erschließung von Wasservorkommen werden Untersuchungen und Projekte in Nußdorf, auf der Donauinsel-Nord und in der Lobau durchgeführt. Der Pro-Kopf-Wasserverbrauch stieg von 62 Liter (1910) auf nunmehr täglich mehr als 300 Liter.

In der Hauptkläranlage wurden innerhalb der ersten fünf Betriebsmonate 70 Millionen Kubikmeter Abwasser chemisch-biologisch zu 90 Prozent gereinigt. Maßnahmen für eine Optimierung des Betriebes werden derzeit gemeinsam mit einem international anerkannten Fachmann vorbereitet. Veleta berichtete dann über die Arbeiten am linken und rechten Donausammelkanal sowie über den Asperner Sammelkanal und den Sammelkanal Wagramer Straße. Der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien mußte einen Rückgang der Bewirtschaftungsfläche wegen einer Aufkündigung des Pachtvertrages für einige Güter durch den Bund in Kauf nehmen. Beim Landwirtschaftsbetrieb hat sich der biologische Landbau bewährt.
(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

36 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Von der städtischen Friedhofsverwaltung müssen jährlich 28.000 Gräber zur Verfügung gestellt werden. Die Aufhebung der Sperrbeschlüsse für 16 Friedhöfe macht Instandsetzungskosten von 3 Millionen im heurigen Jahr, im nächsten Jahr von 7 Millionen S notwendig. In einer Enquete wurde festgelegt, daß einer "Versteinerung" der Friedhöfe entgegengewirkt werden soll. Die Friedhöfe Südwest, Hietzing und Stammersdorf-Zentral werden vergrößert, die Halle 1 des Zentralfriedhofes wird umgebaut. Die MA 69 hat im heurigen Jahr rund 447.000 Quadratmeter für Wohnbau, Betriebsaufschließung und infrastrukturelle Einrichtungen angekauft. Es erscheint notwendig, die Ankaufsrichtlinien zu überarbeiten, um Spekulationen auszuschalten, sagte Veleta. Für den Ausbau des Straßennetzes wurden heuer rund 12.200 Quadratmeter erworben, zur Vergrößerung des Wald- und Wiesengürtels wurden Grundstücke im Ausmaß von 26.221 Quadratmeter gekauft. Die Grundverkäufe (rund 307.000 Quadratmeter) betrafen vorwiegend Betriebsansiedlungen, Baureifmachungen und Übertragungen von Baurechtsgründen ins Privateigentum. Die Kleingartenflächen wurden seit 1970 um 17,5 Prozent auf 6,6 Millionen Quadratmeter erhöht. Die Widmung "Gartensiedlung" wurde bei 4 Anlagen realisiert. Die Entwicklung der Holding mit ihren 33 Tochterbetrieben ist erfolgreich. Begleitende Kontrolle steht im Vordergrund. Veleta wies auf wertvolle Initiativen zur Innovation hin. Im Bereich des Konsumentenschutzes führte das Marktamt heuer mehr als 10.000 Betriebsrevisionen durch, vom Veterinäramt wurden seit Juli 1977 in 300 fleischverarbeitenden Betrieben Hygienekontrollen durchgeführt. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt prüfte heuer mehr als 5.000 Proben. Im Fleischzentrum St. Marx wurden mehr als 53 Millionen Kilo Fleisch umgesetzt. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

37 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Holding hat sich bewährt und große Leistungen vollbracht, stellte GR. KUCHAR (FPÖ) fest. Allerdings fehlt eine begleitende Kontrolle. Mit einer effizienten Kontrolle könnten Verluste wie das Delta-Reisebüro vermieden werden. Die Verhandlungen um den Rochusmarkt sollen rasch abgeschlossen werden. GR. Kuchar schlug vor, die Energieversorgung durch Fernwärme rasch auszubauen. Die Kosten sollten Bund und Gemeinde gemeinsam tragen. Der beabsichtigte Energiegroschen sei eine zusätzliche Belastung für die Bevölkerung. Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz sollen weiterhin durch ein Strafverfahren geahndet werden. Die Übernahme ins Verwaltungsverfahren hält GR. Kuchar für falsch. Statt dessen sollen bessere und einheitlichere Überprüfungen durchgeführt werden. Zuwenig Kontrolle gibt es auch bei den Supermärkten. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

38 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) nahm zu Fragen der Holding Stellung. Sie forderte stärkere Eigenleistungen der Holding für ihre Tochterfirmen, eine Straffung durch die Beschränkung auf kommunale Aufgaben und eine vermehrte Steuerungsfunktion durch den Eigentümer, die Stadt Wien.

Die Beschränkung auf kommunale und öffentliche Aufgaben bezeichnete Schaumayer als ursprüngliches Ziel der Holding, das immer wieder mißachtet wurde, so im Fall des Ankaufs des Reisebüros Delta. Auch die politische Kontrolle durch die Beteiligungskommission lasse zu wünschen übrig. Ohnedis sei diese nur gegründet worden, um den Fall Suttner durch die Entfernung aller Politiker aus den Aufsichtsräten der Holdingtöchter lösen zu können. Eher dem Profit als kommunalen Zielsetzungen schein die Holdingtochter WIBAG verpflichtet, die statt wirtschaftsfördernd zu wirken, sich selbst bediene. Insgesamt habe sich die Holding finanzielle Zuwendungen an ihre Töchter in der Höhe von 730 Millionen S von der Hoheitsverwaltung abgelten lassen, was ebenfalls ihrem Gründungsauftrag widerspreche. In der Frage der Stadterneuerung und des Garagenbaues werde von den entsprechenden Holding-Betrieben nichts geleistet. Die WIBAG habe kein Unternehmenskonzept und die EBS schein schon wieder sanierungsbedürftig. Als infrastrukturelle Maßnahme schlug Schaumayer vor, die Heizbetriebe in die Geschäftsgruppe Energie einzugliedern, und eine bessere Nutzung der Fernwärme zu erreichen. Um die Aktivitäten der Stadt Wien im Baubereich zu straffen, stellte sie den Antrag, eine Fusion der Holding-Firmen WIBEBA und Fertigteilbau Wien einzuleiten. Die Holding solle nicht Selbstzweck sein, sondern kommunale Steuerungsfunktionen erfüllen, schloß Schaumayer. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

39 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) wies auf die große Bedeutung der kommunalen Bodenpolitik hin. Es gelang auch im Jahr 1980, die erforderlichen Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Den Grundankäufen kommt bei der Erfüllung der kommunalen Aufgaben ein besonderer Stellenwert zu. Dabei ist es wichtig, auch über entsprechende Grundstücksreserven für etwaige Tausche zu verfügen. Umfangreiche Ankäufe wurden für Betriebsaufschließungen getätigt. Für kleine und mittlere Betriebe ist die Aktion Baurecht besonders wichtig. Die Bedingungen im Rahmen dieser Aktion sind außerordentlich günstig. Auch die Grundverkäufe der Stadt Wien stellen eine wichtige Hilfe für die Betriebe dar.

Große Bedeutung kommt der Bodenpolitik auch im Rahmen der Bereitstellung der für den Wohnbau notwendigen Grundstücke zu. Auch in diesem Bereich war es im vergangenen Jahr möglich, den Anforderungen zu entsprechen. Das Siedlungsprogramm der Stadt Wien konnte zügig fortgesetzt und erweitert werden. Sein Umfang wurde von ursprünglich geplanten tausend bereits auf 1.700 Einfamilien- und Reihenhäuser ausgedehnt. Es wird im kommenden Jahr zügig weitergeführt werden. Erfreulicherweise konnten mehr Grundstücke für Wohnbauten in Stadterneuerungs- als in Stadtentwicklungsgebieten erworben werden. Mrkvicka wies darauf hin, daß die Stadterneuerung nicht nur Aufgabe der öffentlichen Hand, sondern auch privater Initiativen ist. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

40 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Es ist alles zu tun, um neue Parks und Erholungsgebiete zu schaffen. In den vergangenen beiden Jahren konnten nicht weniger als 14 neue Grünanlagen im dicht bebauten Gebiet verwirklicht beziehungsweise begonnen werden. Die für den Grundankauf zur Verfügung stehenden Mittel müssen gezielt eingesetzt werden. Mrkvicka brachte einen ANTRAG ein, dem Ankauf von Grundstücken durch die Stadt Wien Prioritäten zugrunde zu legen.

Mrkvicka wies auf die wichtige Funktion der Kleingärten hin. Die Wiener Kleingärten umfassen insgesamt eine Fläche von der Größe des Bezirks Meidling. In den letzten zehn Jahren nahm die Fläche der Wiener Kleingärten um rund 700.000 Quadratmeter zu. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

41 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine einheitliche Führung der Hauptkläranlage und der Entsorgungsbetriebe Simmering sprach sich GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP) aus. Die Hauptkläranlage funktionierte auch im November nicht richtig. Noch immer wird saures Wasser in die Donau geleitet.

Bereits jetzt müßten Modellversuche durchgeführt werden, um die Auswirkung von weiteren Staustufen an der Donau zu untersuchen. Nur so könnten Fehlinvestitionen im Bereich der Wasserversorgung verhindert werden. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

42 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) über Bedeutung und Probleme der Wiener Landwirtschaft sprach GR. JEDLETZBERGER (ÖVP). Er berichtete, daß mit einer Produktion von 45.000 Tonnen Frischgemüse pro Jahr 85 Prozent des Wiener Bedarfs gedeckt werden können. Bei den in herkömmlicher Weise produzierten Lebensmitteln wurden bei einer Rückstandsuntersuchung keinerlei Beanstandungen erhoben, sagte er unter Hinweis auf den biologischen Landbau. Wie Jedletzberger weiter ausführte, macht der Wiener Landwirtschaft die Energieverteuerung besonders zu schaffen, da sie mehr als 50 Prozent der Produktionskosten ausmacht. Probleme gibt es auch durch niederländische Blumeneinfuhren als Folge von Änderungen der Zollbestimmungen. Er hoffe, daß die neue Verladehalle im Großmarkt Inzersdorf bald realisiert werde; es werde angestrebt, dort zeitweise ganztägig zu verkaufen. Zur Zeit werde eine Studie ausgearbeitet, wie weit kostenlose Abwärme der ÖMV zur Beheizung der Simmeringer Gartenbaubetriebe herangezogen werden könne. Sollte das Ergebnis positiv sein, würden die Gartenbauern dringend eine öffentliche Unterstützung benötigen, um die Zuleitung von der ÖMV zu finanzieren. Er verwies darauf, daß die Landwirtschaft ein Garant für die Versorgung ist und trat dafür ein, ein Wiener Durchführungsgesetz zum Landwirtschaftsförderungsgesetz und ein Landwirtschaftsgrundverkehrsgesetz zu verabschieden (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

43 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der Naschmarkt wurde zum Haschmarkt, stellte GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) fest. Der Flohmarkt auf dem Naschmarkt ist ein Sicherheitsrisiko für die Anrainer geworden. Neben Diebstahl ergeben sich Probleme durch Rauschgift und Hehlerei. Zur Verbesserung dieser Situation brachte die ÖVP einen Antrag ein. Der Flohmarkt soll in Zukunft alternierend auf verschiedenen Plätzen in Wien abgehalten werden. Dies würde einerseits zur Belebung anderer Stadtgebiete beitragen, andererseits dem "Haschmarkt" seinen Nährboden entziehen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

44 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) stellte zunächst fest, daß das Projekt WABAS Wien termingerecht fertiggestellt wurde und in Probetrieb gegangen ist. 70 Millionen Kubikmeter Abwässer wurden bereits geklärt. Wesentliche Arbeiten wurden für die dritte Wiener Wasserleitung geleistet, so daß 1981 bereits Wasser aus der Mitterndorfer Senke ins Wiener Rohrnetz fließen wird. Ein Wasserbehälter im 14. Bezirk ist in Bau. Insgesamt wurden 1980 über 25 km Wasserrohre neu verlegt. 180 Millionen Kubikmeter Wasser wurden in Wien verbraucht, der tägliche Verbrauch liegt bei 437.000 Kubikmeter. Zur parkähnlichen Ausgestaltung der Friedhöfe wurden 265 neue Bäume und 604 Laufmeter Hecken gepflanzt. Die Landwirtschaftsbetriebe der Stadt erzielten insgesamt gute Erträge. Bei den Betriebsrevisionen und Kontrollen des Marktamtes erhöhte sich die Beanstandungsquote um 20 Prozent, was die sorgfältige Arbeit dieser Stellen im Dienst des Konsumentenschutzes zeigt. Im Bereich der Marktplanung stehen der Umbau des Gersthofer Marktes, der Ausbau des Schwendermarktes und Umplanungen für den Augustinermarkt im Zug der U-Bahn-Planung auf dem Programm. Erhaltungsarbeiten werden am Naschmarkt und anderen Märkten durchgeführt. Auch das Veterinäramt, die Lebensmitteluntersuchungsanstalt und der Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx, der überregionale Bedeutung besitzt, kommen ihren Anforderungen voll nach. In St. Marx ist im nächsten Jahr ein neues Verwaltungsgebäude gbeplant. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

45 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In der Beteiligungskommission wird laufend über die Tätigkeit der einzelnen Unternehmen der Holding ausführlich berichtet, sagte Stadtrat VELETA (SPÖ) abschließend. Das Kapital der Holding wird nicht nur veranlagt, sondern falls notwendig, auch den einzelnen Unternehmungen für Investitionen zur Verfügung gestellt. Es ist daher notwendig, daß auch Reserven vorhanden sind.

Für die WIBAG war ein Konzept ausgearbeitet worden, das Finanzressort vertrat jedoch eine andere Auffassung. Die Vorbereitungen für die Schaffung eines Wirtschaftsfonds sind nunmehr weit gediehen, die WIBAG wird dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Wir sind nach wie vor mit der Errichtung von Garagen beschäftigt. Am Heldenplatz etwa sind die Vorbereitungen schon sehr weit.

Der Antrag von GR. Dr. Schaumayer (ÖVP) sollte der Beteiligungskommission zugewiesen werden.

Die Wasservorkommen werden laufend untersucht, falls notwendig, werden entsprechende Maßnahmen gesetzt. Das Nußdorfer Werk erfüllt keine Versorgungsfunktion mehr. Wir sind bemüht, weitere Wasservorkommen zu erschließen, sagte Veleta.

Bei der Kläranlage und den EBS handelt es sich um einen Probebetrieb, betonte Veleta. Derzeit wird ein Gutachten erstellt.

Der biologische Landbau der Stadt Wien könnte vielleicht auch das Ergebnis bringen, daß die Preise für sogenanntes biologisches Gemüse manchmal nicht so hoch sein müßten.

Der Rochusmarkt wird auf jeden Fall erhalten werden. Die Probleme um den Flohmarkt sind bekannt, die Zahl der Tagesstände soll erhöht werden, um das Anstellen zu vermeiden. (Forts.) ger/and

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Dienstleistungsdebatte

=++++

46 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung wurde um 20.55 Uhr unterbrochen. Morgen Freitag (9 Uhr) wird zunächst die Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie behandelt hierauf erfolgt die Abstimmung über das Wiener Budget 1981. Abschließend referiert Stadtrat Heinz NITTEL über das Budget der Stadtwerke für 1981. Danach findet eine Landtagssitzung statt. In einer zweiten Geschäftssitzung wird schließlich der Gemeinderat eine normale Tagesordnung beraten. (Schluß) ger/bs

Geehrte Redaktion!

.....-

=++++

17 Wien, 11.12. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt im Buffet und in den Pausenräumen des Wiener Konzerthauses die Ausstellung "Plakate der Jahrhundertwende".

In der Ausstellung, die - aus den Beständen des Museums - eine attraktive Auswahl der Plakatkunst dieser Zeit bietet, sind unter anderen Plakate von Mitgliedern der Secession und des Hagenbundes zu sehen. Zur Eröffnung der Ausstellung durch Kulturstadtrat Helmut ZILK laden wir Sie herzlich ein.

Bitte merken Sie vor:

ZEIT: Donnerstag, 18. Dezember, 16.30 Uhr

ORT: Konzerthaus

Korrespondenz: Wiener Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

(Schluß) red/sr

Politik: Grazer: "Ich bleibe Wiener Bürgermeister"

Lokal: Literatur 18 Advent

Veranstaltung: Anschaffung des Beschreibungsvogels

Kultur: Goldene Ehrenmedaille für Schenk und Kutschera (1980)

Nur

Über F8: 12.12. Tauwetter bringt der Ruck-Winter Märkte
Grazi-Bilanz über 1980
Ehrung von Dienstjubilaren